

parlamentsreport

»Der Treuhand-Skandal in Thüringen«

Seiten 8-9

Bei der Veranstaltungsreihe der Fraktion Die Linke werden die Abgeordneten Einblicke in die Arbeit am Untersuchungsausschuss geben und das Wirken der umstrittenen Behörde beleuchtet.

15. April Schmalkalden, **16. April** Ilmenau,
29. April Jena, **30. April** Suhl

Treuhandanstalt
Eingang
Besucher

Die Linke

Fraktion im
Thüringer Landtag

06-2024

3 Warum streiken gut ist:
Ein Plädoyer für seine
Rechte zu kämpfen

4 Plenum im Landtag:
Das waren drei unserer
Schwerpunkte im März

11 Neue Regelungen für zeit-
gemäßes Bauen: Novelle
der Thür. Bauordnung

Die Linke Fraktion online



#Menschen-
rechteFürAlle

Die Internationalen Wochen gegen Rassismus mit rund 4.000 Veranstaltungen sind gestartet.

Menschenrechte sollten zu keinem Zeitpunkt verhandelbar, dafür stets im Fokus politischen Handelns sein.

Mehr Infos zu den Aktionswochen findet ihr auf: www.stiftung-gegen-rassismus.de



#Frauentag

Geschlechterspezifische Diskriminierung ist für viele Frauen und Mädchen tief im Alltag verankert. Ich bin froh, dass wir am Internationalen #Frauentag auf der ganzen Welt auf die anhaltenden Missstände aufmerksam machen“, erklärte Karola Stange zum Internationalen Frauentag. „Und dennoch ist wichtig: Jeder Tag ist Frauentag! Wir können nicht nur an einem Tag für die Rechte der Frauen kämpfen.“

www.die-linke-thl.de
linke_thl
Linke_Thl
@LinkeThl

Impressum

Herausgeberin:
Fraktion DIE LINKE. im Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt

Redaktion: Lisa Hilpert
V.i.S.d.P.: Olaf Weichler

Telefon: 0361 377-2620
E-Mail: weichler@die-linke-thl.de
Web: www.die-linke-thl.de
Redaktionsschluss: 14. März 2024



Vorwort

Christian Schaft, Abgeordneter
Fraktion Die Linke

Verfolgt man die bestimmenden öffentlichen und politischen Debatten dieser Tage, so scheinen Abschottung und das Treten nach unten zu dominieren. Da wird gegen Menschen gehetzt, die Bürgergeld beziehen, und es gibt einen Überbietungswettbewerb, wer die restriktivste Bezahlkarte für Geflüchtete einführt. Beides hilft uns bei den zentralen politischen Herausforderungen unserer Zeit nicht weiter. Wie wäre es stattdessen mit einer Diskussion darüber, wie eine gute Zukunft für alle aussehen kann?

Wenn wir wollen, dass jedes Talent gebraucht wird und jeder Mensch sein Leben selbst gestalten kann, dann brauchen wir den bestmöglichen Zugang zu Bildung und Arbeit. Damit dieser nicht vom Geldbeutel abhängt, wollen wir die Beitragsfreiheit für den Kindergarten und eine gute Betreuungsqualität ebenso wie die Ausweitung der Lernmittelfreiheit und das längere gemeinsame Lernen. Konkret wird das durch unsere Gesetzentwürfe zum Kindergarten- und Schulgesetz im Bildungsausschuss. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Unternehmen und Beschäftigte durch eine aktive Industrie- und Wirtschaftspolitik unterstützt werden. Wir wollen nicht, dass durch das Festhalten an konservativen Dogmen am Ende zehntausende Beschäftigte

in der Automobilindustrie arbeitslos vor dem Werkstor stehen, sondern dass sie mit ihrem Wissen und mit Unterstützung des Landes daran mitwirken, das Unternehmen und ihren Arbeitsplatz zukunftsfähig zu machen. Um nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Umwelt zu hinterlassen, kämpfen wir für einen bezahlbaren Umstieg auf erneuerbare Energien. Die Akzeptanz dafür erhöhen wir, wenn die Gewinne eines Windparks nicht nur in den Kassen der Konzerne landen, sondern ein Teil davon im Dorf und in der Stadt vor Ort in Bibliotheken, Jugendclubs oder Schwimmbäder fließt und der Strom vor Ort günstig genutzt werden kann. Deshalb liegt unser Antrag für ein Windkraftbeteiligungsgesetz im Umwelt- und Infrastrukturausschuss des Thüringer Landtages.

Damit Wohnen kein Renditeobjekt ist und wir kommunale Wohnungsgesellschaften und Wohnungsgenossenschaften unterstützen, haben wir auf unserer Fachkonferenz vor wenigen Wochen die Diskussion über die Gründung einer Landeswohnungsgesellschaft angestoßen. Damit das Krankenhaus vor Ort dem anstehenden Wandel nicht zum Opfer fällt und eine bestmögliche Grundversorgung gewährleistet ist, investiert das Land Thüringen gerade Woche für Woche Millionen in die Kliniken in den Landkreisen. Von diesen und weiteren Ideen, Projekten und Maßnahmen profitieren alle Menschen im Land. Ob jung oder alt, ob Frau oder Mann, ob hier geboren oder zu uns gekommen. Wenn wir den Blick darauf richten, wie Kinder und Jugendliche den besten Zugang zu Bildung bekommen, wie Menschen in Stadt und Land durch bezahlbare Energie und guten Wohnraum entlastet werden, wenn wir gemeinsam für eine gute Gesundheitsversorgung für alle mit einem öffentlichen Nahverkehr kämpfen, der die Menschen verbindet, dann schützen wir den sozialen Frieden und unsere Demokratie vor den Angriffen derer, die ausgrenzen wollen und hetzen. Gemeinsam den sozialen Frieden stärken, Zusammenhalt statt Spaltung, das muss in diesen Tagen mehr denn je das Ziel sein. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten!



Warum Streiken gut ist

Ein Plädoyer, für seine Rechte zu kämpfen

Nahzu täglich wird von neuen Streikaktionen in den Medien berichtet. Ob im ÖPNV, im Einzelhandel oder bei der Deutschen Bahn. Dabei gehen die öffentliche Wahrnehmung über die Anzahl der Streiks und das tatsächliche Streikaufkommen deutlich auseinander – ein Blick in die Statistiken verrät, dass im internationalen Vergleich in Deutschland wenig gestreikt wird.

Ein Grund, warum die gefühlte Aufmerksamkeit gerade in Ostdeutschland zunimmt: Die Streikaktionen verteilen sich überproportional auf die ostdeutschen Bundesländer, in Thüringen wurden im Jahr 2022 13 Arbeitskämpfe gezählt, im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen dagegen nur 26. Damit liegt Thüringen auf dem fünften Platz bundesweit, die Ursachen für dieses erhöhte Streikaufkommen in Ostdeutschland liegen zum einen am weiterhin großen Lohngefälle zwischen West- und Ostdeutschland, zum anderen an dem allgemein niedrigeren Lohnniveau. Ostdeutschland (inklusive Berlin) ist mit etwa einem Drittel aller lokalen Auseinandersetzungen gemessen an seiner Größe in Bezug auf die Konflikthäufigkeit also weitaus häufiger vertreten. Des Weiteren betreffen die Ausstände in der öffentlichen Infrastruktur viel direkter den Alltag: Sie sind spür-

bar für Menschen, die auf ÖPNV oder gar Flugzeuge angewiesen sind oder beim Gang in den Supermarkt bemerken, dass die Regale durch Streikaktionen in den Logistikzentren leer sind. Ein flächendeckender Ausfall aufgrund eines Streikes, wenn auch nur zwei Tage, kann damit zu einer Herausforderung für die Alltagsbewältigung werden.

Zukunft ohne Angst

Doch gerade diese spürbare Beeinträchtigung des Alltages vermittele eben auch die Bedeutung der Arbeit der streikenden Beschäftigten für unsere Gesellschaft, findet Lena Saniye Güngör, arbeitsmarkt- und gewerkschaftspolitische Sprecherin: „Die Arbeitsniederlegung der Kolleg:innen aus den unterschiedlichen systemrelevanten Bereichen geschieht nicht, weil die Beschäftigten ihren Mitmenschen das Leben schwer machen wollen. In den kämpferischen Auseinandersetzungen zwischen den Unternehmen und den Beschäftigten geht es im Gegenteil um nichts weniger als eine sichere Zukunft ohne Angst vor Armut.“

Zum einen erleben die Beschäftigten durch die Inflation einen erheblichen Reallohnverlust von rund sieben Prozent, der in den letzten Tarifverhandlungen als Faktor noch keine Rolle spielte. Zum anderen haben in der Pandemie nicht wenige Branchen erhebliche Gewinne erzielt, welche nicht an die Beleg-

schaften weitergegeben wurden. Die Abgeordnete nennt als Beispiel die Tarifaueinandersetzung mit der Kauflandgruppe im Thüringer Einzelhandel, hier wurde mittlerweile auch die sechste Verhandlungsrunde ohne Ergebnis abgeschlossen. Während die Kauflandgruppe im Jahr 2023 einen Umsatz von 31,8 Milliarden Euro erzielte, verdienen die Beschäftigten in Thüringen Niedriglöhne, die bisher durchschnittlich nicht einmal 14 Euro pro Stunde betragen. Seit Monaten gehen deshalb die Streikenden auf die Straße, während die Handelsunternehmen weiterhin erneute Gespräche blockieren:

„Die Beschäftigten gehen kämpferischer für ihre Interessen auf die Straße, gerade weil das Bewusstsein für eine offensichtliche Schiefelage der Verteilungslogik zwischen den Gewinnen der Unternehmen und der Beteiligung der Beschäftigten an diesen zunimmt. In Verbindung mit dem zunehmenden Arbeits- und Fachkräftebedarf, der den Arbeitnehmer:innenforderungen den Rücken stärkt, beobachten wir offensivere Tarifaueinandersetzungen für dringend benötigte gute Tarifabschlüsse und Tarifverträge. In den nächsten Jahren werden die Unternehmen bessere Löhne und Arbeitsbedingungen auf den Weg bringen müssen, wenn sie weiter nachhaltig Personal gewinnen wollen. Nicht die Beschäftigten, sondern die Unternehmen müssen sich bewegen.“

Plenum im Thüringer Landtag

Rückblick auf die Sitzung im März 2024



Zur Aktuellen Stunde in der Landtags-sitzung erklärt Markus Gleichmann, klima- und energiepolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke im Thüringer Landtag:

„Mit dem Windenergie-Beteiligungsgesetz wollen wir die Einnahmen der Windparkbetreiber an die betroffenen Kommunen, Einwohnerinnen und Einwohner weitergeben. Bei einem Windpark mit sechs Anlagen sind das gut 200.000 Euro für die Kommunen und zusätzlich 100.000 Euro für die Einwohnerinnen und Einwohner. Das Geld soll weder in den kommunalen

Finanzausgleich einfließen noch versteuert werden und steht somit den Kommunen, Einwohnerinnen und Einwohnern in voller Höhe zur Verfügung. Allein durch die bereits geplanten Anlagen, die in nächster Zeit ans Netz gehen, würden rund zwei Millionen Euro für die Kommunen und eine Million Euro für die Einwohnerinnen und Einwohner entstehen“. Die CDU will dem Gesetz aus rein wahltaktischen Gründen zum jetzigen Zeitpunkt nicht zustimmen. „Bei dem Gesetz geht es nicht darum, ob Windräder gebaut werden, sondern ob die Kommunen und die Menschen vor Ort etwas von den Gewinnen abbe-

kommen. Dadurch, dass die CDU das Gesetz nicht mittragen will, werden Kommunen und Einwohnern Millionen-Verluste entstehen“, kritisierte Gleichmann. Die kommunalen Vertreter forderten, das Gesetz umgehend zu verabschieden, um weitere Einnahmeausfälle der Kommunen zu verhindern.

„Ich appelliere daher nochmals an die CDU, konstruktiv mit uns gemeinsam dafür zu sorgen, dass ein Teil der Gewinne vor Ort bleibt und das Gesetz noch in dieser Legislaturperiode auf den Weg zu bringen“, so der Abgeordnete Gleichmann im Plenum des Thüringer Landtages im März 2024.

Aufklärung und Prävention statt Stigmatisierung und Kriminalisierung

„Die CDU will im Thüringer Landtag wieder einmal Nebelkerzen zünden und mit zweierlei Maß messen“, kritisierte Kati Engel, Sprecherin für Suchtprävention, den Antrag der CDU-Fraktion, der am Donnerstag auf der Tagesordnung stand. Die geplante Entkriminalisierung und die Ermöglichung des kontrollierten Eigenanbaus von Cannabis seien längst überfällige Schritte, so die Abgeordnete. Doch wieder einmal versuche die CDU, ein Bundesthema mit Verdrehungen und Behauptungen in den Landtag zu zwingen. „Die Realität zeigt doch eindrucksvoll, dass die bisherige Verbotspolitik gescheitert ist. Das erklärte Ziel einer abstinenten Gesellschaft ohne Cannabiskonsum konnte nicht erreicht werden. Stattdessen haben Angebot und Konsum sogar zugenommen“, erklärt die Abgeordnete im Plenum: „Das Verbot stigmatisiert und kriminalisiert, mit katastrophalen Folgen für die Lebenswege der Konsument:innen.



Es fördert illegale Strukturen und organisierte Kriminalität und verhindert erfolgreiche Aufklärungs- und Präventionsarbeit. Denn ein Verbot geht immer mit einer Tabuisierung einher. Schülerinnen und Schüler brauchen z.B. ein offenes Ohr statt Angst vor Strafe“, so Engel. Mit den Beratungsangeboten zur Suchtprävention und dem Drug-Checking ist Thüringen auf einem guten Weg. Die Entkriminalisierung des Cannabiskonsums ist notwendig und wird von Fachleuten schon lange gefordert. Deshalb begrüßen wir das Vorgehen der Landesregierung im Bun-

desrat, einer Überweisung in den Vermittlungsausschuss nicht zuzustimmen.

Zum Hintergrund:

Seit Ablösung der CDU aus der Landesregierung 2014, wurden Aufklärung und Suchtprävention kontinuierlich vorangetrieben und die finanziellen Mittel für Beratungsprojekte erhöht.

So stiegen die Zuwendungen für die Fachstelle Suchtprävention“ von 378.206 Euro (2014) um rund 28 Prozent auf 485.050 Euro (Ansatz 2024). Die Thüringer Fachstellen „Suchtprävention“ und „GlücksspielSucht“ erhalten 2024 mit 552.200 Euro rund 130.000,00 Euro mehr als 2014. Als Erfolg ist auch das Modellprojekt „SubCheck“ zu werten, das die Gefahren von Verunreinigungen illegaler Drogen aufzeigt.

Novelle des Brand- und Katastrophenschutzes im Landtag



Das Gesetzes zur Änderung des Brand- und Katastrophenschutzgesetzes wurde im Plenum des Thüringer Landtags positiv angenommen und in den Ausschuss überwiesen. Zum Gesetz erklärt Donata Vogtschmidt, Sprecherin für Katastrophenschutz und Feuerwehren der Fraktion Die Linke:

„Mit wichtigen Verbesserungen für den Brand- und Katastrophenschutz sorgen wir für eine grundlegende Reform im Bereich der freiwilligen und hauptamtlichen Feuerwehren sowie der Katastrophenschutzeinheiten. Wir wollen das Ehrenamt stärken und die Jugendfeuerwehrrpauschale von 25 auf 50 Euro erhöhen. Die finanzielle Förderung der Brandschutzerziehung soll zur gesetzlichen Pflichtaufgabe werden. Durch die Einrichtung dezentraler technischer Servicestellen soll die Digitalisierung für die Feuerwehren vorangetrieben werden.

Die psychosoziale Notfallversorgung, die in kritischen Situationen zur Verfügung steht, soll durch unser Gesetz gestärkt werden.“ In

dem 122-seitigen Gesetzentwurf wird zudem die Mitwirkung privater Organisationen im Katastrophenschutz vereinfacht und die Voraussetzungen geschaffen, um Helfenden im Katastrophenschutz künftig stärker den Einsatzkräften der Feuerwehr gleichzustellen, etwa durch Verordnungsermächtigungen für die Zahlung von Aufwandsentschädigungen.

Darüber hinaus wird eine landesweite Einsatzführung klar geregelt und ein Einsatzführungsdienst für Großschadenslagen integriert, Aufgaben werden klarer zugeordnet und Qualifikationen präzisiert.“ Auch die Brandschutzerziehung in Thüringen soll künftig mit 650.000 Euro gesetzlich finanziert werden.



Christian Schaft (drmit dem Studierendenrat der Ernst-Abbe-Hochschule Jena

Engagiert, vielfältig und persönlich - Hochschultour durch Thüringen 2024

Hochschulpolitischer Sprecher Christian Schaft unterwegs

Seit Mitte Februar 2024 tourt Christian Schaft durch die Thüringer Hochschulen. Er will mit allen Statusgruppen von den Präsident:innen über die Personalräte bis hin zu den Studierendenräten an den Thüringer Hochschulen das persönliche Gespräch suchen, um zu fragen: Wo drückt der Schuh?

In Jena an der Ernst-Abbe-Hochschule angekommen, gibt es Kaffee und Kuchen für den Abgeordneten und seine Mitarbeiter:innen. Die Studierenden lassen sich nicht lange bitten und berichten von Wartezeiten beim BAföG-Antrag, Verbesserungswünschen in der Mensa, Problemen bei der Wohnungssuche und Unklarheiten bei der Finanzierung des Studierendentickets. Doch sie haben nicht nur Probleme im Gepäck. Auf die Frage, warum sie sich ausgerechnet für Jena und Thüringen als Studienort entschieden haben, zeigen die Thüringer Hochschulen, dass sie sich nicht verstecken müssen. Es

gibt Studiengänge, die bundesweit ein Alleinstellungsmerkmal haben und junge Menschen dazu bewegen, einen wichtigen Lebensabschnitt in Thüringen zu verbringen. „Trotz aller Herausforderungen, die mir geschildert wurden, sind viele Studierende froh, sich für den Standort Thüringen entschieden zu haben. Sie schätzen den kurzen persönlichen Draht zu den Lehrenden, die gute Betreuung während des Studiums und das familiäre Umfeld“, erklärt der Hochschulpolitiker der Linken, der sich dafür einsetzen will, dass das so bleibt.

Politik geht nur mit den Menschen vor Ort

Der Christian Schaft kennt die Herausforderungen der Thüringer Hochschullandschaft wie kaum ein anderer. Schon als Student an der Universität Erfurt war er unter anderem Mitglied im StuRa und in der Konferenz Thüringer Studierendenschaften (KTS). Mit seinem Einzug

in den Landtag als Abgeordneter im September 2014 wurde er zum Sprecher für Wissenschaft, Hochschule und Forschung der Fraktion bestimmt. „Für mich ist klar, dass Politik nur mit den Menschen vor Ort gestaltet werden kann. Deshalb spreche ich auch mit allen Statusgruppen an den Thüringer Hochschulen, damit kein Anliegen vergessen wird und sich alle bei den anstehenden Herausforderungen mitgenommen fühlen“, so Schaft. Besonders freut sich der Abgeordnete über die vielen Engagierten, die sich für eine offene, demokratische und vielfältige Hochschullandschaft einsetzen. „Viele Menschen, die an unseren Hochschulen lernen, lehren und arbeiten, blicken mit Sorge auf die politischen Entwicklungen in Thüringen. Aber sie stecken den Kopf nicht in den Sand und engagieren sich gemeinsam für Demokratie und Menschenrechte in Thüringen. Deshalb freue ich mich besonders, dass alle Hochschulen dem Bündnis Weltoffenes Thüringen beigetreten sind“, betont der Hochschulpolitiker der Linken.

Wie weiter mit den Herausforderungen der Thüringer Hochschulen?

Trotz Konsens in Sachen Demokratie gibt es an den Hochschulen zahlreiche Herausforderungen, die intensive Gespräche notwendig machen, beispielsweise wenn es um die Umsetzung der Leitlinien 2030+ und der zukünftigen Finanzierung in der Rahmenvereinbarung VI gehen. Bereits im November 2023 letzten Jahres fand unter dem Titel „Thüringer Hochschulentwicklung auf dem Prüfstand“ eine Veranstaltung der Linke Fraktion zum Bericht der AG Hochschulentwicklungsplanung 2030+ statt. Studierende, Vertreter:innen aus dem Mittelbau und Personalrät:innen der Thüringer Hochschulen hatten in Workshops ihre Vorstellungen und Wünsche in ein ergänzendes Papier eingebracht und vage gehaltene Formulierungen mit konkreten Maßnahmen unter setzt. Diese Maßnahmen resultieren aus Erfahrungswerten, die die Menschen im Rahmen von Strukturen der Hochschulen gemacht haben. „Um Planungssicherheit, auch über die Rahmenvereinbarung V hinaus zu gewährleisten braucht es ausreichende Haushaltsmittel und Transparenz bei Entscheidungen“, macht Schaft seine Position deutlich. Noch bis Ende 2025 wird die jährliche Grundfinanzierung der Hochschu-

len um jeweils vier Prozent gesteigert. In Anbetracht der Rahmenvereinbarung VI, die ab 2026 gelten soll, muss zudem geprüft werden, ob und wie besondere finanzielle Belastungen durch Krisenfolgen wie beispielsweise Energiekosten durch entsprechende überplanmäßige Ausgaben abgedeckt werden können. Aber nicht nur das Thema Finanzierung liegt auf dem Tisch. Einige Hochschulen haben aufgrund der demografischen Entwicklung stagnierende oder rückläufige Studierendenzahlen, mit denen zahlreiche Fragen einhergehen: Wie stellen wir das Studienangebot auf? Was bedeutet eigentlich Profilierung der Hochschulen ganz genau? Wie bewältigt Thüringen den Fachkräftemangel, wenn immer weniger junge Menschen nach Thüringen kommen?

Kooperationen statt Rasenmäher-Methode

Am Ende der Tour durch die Thüringer Hochschullandschaft und auch Gesprächen mit Studierenden, Personalrät:innen und Hochschulleitung hat der Abgeordnete eine lange Liste an Themen denen er sich im Landtag annehmen wird. Das reicht von der Frage der Umsetzung der Tarifeinigung für studentische Beschäftigte, dem Abbau von Bürokratie bis hin zu Fragen zu zentralen Themen wie Lehrkräfteausbildung,

die Verbesserung der Gesundheitsversorgung und die Begleitung des Strukturwandels in vielen Bereichen gemeinsam mit den Hochschulen bewältigt werden können und wie all das künftig finanziert wird. Aus der Erfahrung heraus weiß Schaft, dass pauschale Kürzungen meistens nicht die gewünschte Wirkung erzielen und besonders Studierende und der Mittelbau die Folgen zu tragen haben. Deshalb haben wir in den letzten 10 Jahren auch massiv in die Thüringer Hochschulen investiert, wie keine Landesregierung zuvor. Dennoch drückt es durch verschiedene Herausforderungen der letzten Jahre an der ein oder anderen Stelle im Budget. Deshalb wird die Frage wie die neue Finanzierungsvereinbarung ab 2026 aussieht eine ganz zentrale und der Abgeordnete ist dankbar für den konstruktiven Austausch mit allen Beteiligten an den Thüringer Hochschulen.

„In den Gesprächen mit den Präsident:innen der Hochschulen sind mir die Sorgen und Nöte, vor allem was die strukturellen Probleme anbelangt, aufgezeigt worden. Aber auch der Wille zu Kooperationen untereinander und Veränderung wurde deutlich. Zudem sind Mittelbau, Verwaltung und Studierende ebenfalls offen für Neues. Sie sprudeln förmlich vor Ideen die auch über die Leitlinien zur Hochschulentwicklung 2030+ hinausgehen“, freut sich Schaft.



Zu Besuch beim Studierendenrat der Technischen Universität Ilmenau



Die Treuhand - eine gescheiterte Transformationsgeschichte

Dreißig Jahre nachdem die ehemalige Treuhandchefin Birgit Breuel das Schild der Treuhandanstalt in Berlin abmontierte und damit das Ende der Privatisierungsbehörde besiegelte, stellen wir uns die Frage: Was können wir als Linke aus der desaströsen Treuhandpraxis lernen? Wie kann eine gelingende, transformative Strukturpolitik aussehen?

Im Untersuchungsausschuss „Treuhand in Thüringen“ des Thüringer Landtags haben Zeug:innen und Sachverständige ausgesagt, Aktenbestände aus dem Bundes- sowie dem Thüringer Landesarchiv wurden durchforstet und die relevanten Veröffentlichungen zum Thema analysiert. Daraus entstand ein erschreckendes Bild des Behördenversagens in Thüringen. Die entscheidende Frage ist: Wäre es auch anders gegangen? Hätte die Transformation der DDR-Wirtschaft mit Kreativität und Entscheidungsfreude auch eine

zukunftsfähige Wirtschaft und ein neues soziales Gesellschaftsmodell schaffen können? Zur Diskussion dieser Fragen haben wir als Beteiligte am Untersuchungsausschuss „Treuhand in Thüringen“ für Die Linke fünf Thesen für eine gelingende Transformation herausgearbeitet:

1 Die Bevölkerung wurde nicht ausreichend in Entscheidungen zur Transformation der ostdeutschen Wirtschaft mit einbezogen. Die verantwortlich Handelnden der als Behörde organisierten Treuhandanstalt waren nicht gewählt und die Legitimationskette für derart ausgeprägte Befugnisse somit besonders lang. Auch auf der Mikroebene in den Betrieben wurden demokratische Mitbestimmungsrechte nicht ausreichend respektiert und beteiligungsorientierte Modelle wie das Management-Buy-out, bei dem Beschäftigte zu Eigentümer:innen ihres Betriebs werden können, zu wenig genutzt. Diese Vernachlässigung demokratischer Prinzipien führte zu Widerstand bei der breiten Bevölkerung und zu Entscheidungen, die

regionale Spezifika viel zu wenig berücksichtigten. Soll weithin akzeptierte nachhaltige Transformation gelingen, geht sie nur beteiligungsorientiert und demokratisch.

2 Der Kapitalismus löst keine Probleme, er schafft sie – erst recht in seiner neoliberalen Ausprägung. Wo dem Markt freie Hand gelassen wird, stellt er Profit über Menschen und zerstört Existenzen von Arbeiter:innen zur Profitmaximierung. Wo der kapitalistische Staat als Nachtwächterstaat auftritt, setzt er Rahmen, die nur Kapitalist:innen nützen. Wo der kapitalistische Staat aktiv in den Markt eingreift, macht er Strukturpolitik für Monopolisten. In der Art und Weise, wie eine Gesellschaft Transformation umsetzt, zeigt sich ihr Klassencharakter. Wenn uns die Treuhandpolitik eines für die zukünftige Aufgabe der sozialökologischen Transformation lehrt, dann ist es das: Transformation im Sinne der Bedürfnisse von Mensch und Natur geht nicht neoliberal, geht nicht kapitalistisch.

3 Wenn wir über die katastrophalen Folgen sprechen, die die fehlgeschlagene Transformationsgeschichte der Treuhandbehörde zeitigte, müssen wir auch über die Zeitdimension sprechen. Innerhalb von etwa vier Jahren sollte eine gesamte Volkswirtschaft ihrer Produktionsweise nach umgewandelt werden. Diese Hochdruckprivatisierung war von Beginn an zum Scheitern verurteilt. Nicht nur, weil die finanziellen Kosten der Umgestaltung unterschätzt wurden, sondern auch, weil eine gelingende Transformation um der Akzeptanz willen an den Mentalitäten der von ihr betroffenen Menschen andocken muss. Dazu braucht es Zeit, um Beteiligungsprozesse umzusetzen und darauf aufbauend Handlungsalternativen aufzuzeigen, mit denen sich die Bürger:innen identifizieren. Transformation braucht Zeit.

4 Der Osten wurde in den 90er-Jahren zur Spielwiese sozialer Arbeitsmarktreflexen, die später in der menschenfeindlichen Agenda 2010 ihren bundesrepublikani-

nischen Höhepunkt fand. Die Treuhandpolitik wurde von sogenannten „aktivierenden“ arbeitsmarktpolitischen Instrumenten wie Leiharbeit und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen begleitet, die die Deklassierten noch in die unqualifiziertesten Lohnabhängigkeiten zwang. Gut ausgebildete Facharbeiter:innen wurden so teilweise für immer teilweise auf Jahre hinaus aus ihren Fachberufen gedrängt und so ein Niedriglohnssektor geschaffen, der den Osten zur verlängerten Werkbank werden ließ. Transformation geht nur mit einer sozialen Arbeitsmarktpolitik.

5 Für die Menschen in Thüringen ist die Treuhandanstalt ein Symbol der schmerzhaften Transformationszeit zu Beginn der 1990er-Jahre. Die biografischen Brüche haben sich tief in das kollektive Bewusstsein der Thüringer:innen eingeschrieben. In den 90er-Jahren waren in Thüringen zeitweise 23,1 Prozent der Menschen erwerbslos - nicht mitgerechnet diejenigen, die durch Kurzarbeit null aus der Statistik fielen; nicht mitgerechnet diejenigen, die sich an der Abwanderungs-

bewegung in den 90er-Jahren von Ost- nach Westdeutschland beteiligten. Damit trägt die Treuhandanstalt massiven Anteil an der katastrophalen sozioökonomischen Situation der 1990er-Jahre, die sich auch auf die Gegenwart (Demografie) noch auswirkt. Transformation darf keine neuen Verlierer:innen produzieren.

Im Jahr 2024 stehen wir wieder vor einschneidenden Umwälzungen unserer Gesellschaft und es ist kein Wunder, dass viele wegen der gemachten Erfahrungen skeptisch auf die kommende Transformationsphase blicken. Aber klar ist auch:

Nicht nur die Klimakrise zwingt uns dazu, über andere Formen des Wirtschaftens nachzudenken. Auch diverse internationale Konfrontationen haben gezeigt, dass die kapitalistische Produktionsweise globale Konflikte um Rohstoffe, Land und Industrieprodukte anheizt. Als Linke stehen wir vor der Herausforderung, nicht die Fehler der größten Privatisierungsagentur in der deutschen Geschichte zu wiederholen, sondern aus ihnen verständige Schlussfolgerungen zu ziehen.

Veranstaltungsreihe »Der Treuhand-Skandal in Thüringen«

Bei der Veranstaltungsreihe vor Ort werden die Abgeordneten der Fraktion Die Linke Einblicke in die Arbeit am Untersuchungsausschuss geben. Außerdem werden regionale Vorgänge genauer beleuchten und gemeinsam mit unterschiedlichen Expert:innen auch Alternativen zur desaströsen Treuhandpraxis nähern thematisiert.

Termine, Start jeweils 18:30 Uhr:

- 15.4.** Schmalkalden, Vereinslokal „Zum Bergfreund“, Kirchhof 4
- 16.4.** Ilmenau, ZinXX, Karl-Zink-Straße 2
- 29.4.** Jena, Kombinat 01, Westbahnhofstraße 13
- 30.4.** Suhl, Wahlkreisbüro Philipp Weltzien, Rimbachstraße 20

Mehr Infos unter
www.die-linke-thl.de/treuhand



Der Treuhand-Skandal in Thüringen
Veranstaltungsreihe

Das Wirken der umstrittenen Behörde kritisch beleuchtet

19.3. Gera **15.4.** Schmalkalden **16.4.** Ilmenau
29.4. Jena **30.4.** Suhl

Die Linke
Fraktion im Thüringer Landtag

Infos zu allen Veranstaltungen:
www.die-linke-thl.de/treuhand

Thüringen in all seinen Facetten

Der Freistaat auf der Internationalen Tourismusmesse 2024

Unter dem Motto „Pioneer the Transition in Travel & Tourism. Together“ fand Anfang März 2024 die Internationale Tourismusmesse (ITB) auf dem Berliner Messegelände statt. 5.500 Aussteller aus 170 Ländern präsentierten ihre Angebote vor einem breiten Fachpublikum. Unter den 100.000 Besucher:innen waren auch die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses der Fraktion Die Linke im Thüringer Landtag, Knut Korschewsky, Christian Schaft, Andreas Schubert und Philipp Weltzien.

Reiseland Thüringen

Zu finden war das Reiseland Thüringen an einem Gemeinschaftsstand der Deutschen Zentrale für Tourismus (DZT) mit weiteren Bundesländern. Themen und Regionen am Thüringenstand wurden unter anderem von der Thüringer Tourismus GmbH (TTG), der Weimar GmbH, dem Regionalverbund Thüringer Wald, der Wartburg Stiftung und in diesem Jahr auch zum ersten Mal vom Tourismusverband Altenburger Land vertreten. „Die Erfahrungen aus dem letzten Jahr haben uns gezeigt, dass ein Gemeinschaftsstand auf der ITB unter dem Dach der DZT zu vielen guten Kooperationen und Gesprächen geführt hat. Wir sind mit dem Auftritt Thüringens in Berlin wieder sehr zufrieden“, erklärt Knut Korschewsky, tourismuspolitischer Sprecher der Linke Fraktion mit Blick auf die Erfahrungen aus dem letzten Jahr. Zudem hat Thüringen in Zusammenarbeit mit Sachsen-Anhalt mehrere Ausstellungen und Veranstaltungen anlässlich des 500. Jahrestags des Deutschen Bauernkrieges geplant, die in einer Pressekonferenz vorgestellt wurden. Schwerpunkt der Thüringer Landesausstellung sollen Mühlhausen und



Bad Frankenhausen sein und das Leben des Theologen und Reformators Thomas Müntzer (1489-1525) in den Mittelpunkt stellen.

Thüringer Tourismus GmbH

Die Abgeordneten informierten sich zudem in Gesprächen mit Christoph Gösel, Geschäftsführer der Thüringer Tourismus GmbH, über die anstehenden Kampagnen für das Frühjahr und den Sommer 2024 sowie über längerfristige Projekte und das Auslandsmarketing der TTG. „Die Vorträge aus der TTG heraus zu Digitaler Transformation, Barrierefreiheit und Botschaft von Marken haben gezeigt, dass die Mitarbeitenden ganz nah am Puls der Zeit sind und den anstehenden Herausforderungen im Bereich Tourismus gewachsen sind“, betont Korschewsky. Gekrönt wurde die Arbeit der TTG durch den Thüringen Abend mit einem kulinarischen Casino unter dem

Motto „So schmeckt Thüringen“. Alle Gäste konnten sich von den vielfältig produzierten Lebensmitteln aus Thüringen wie regionale Wurst- und Backwaren, Eierlikör, Senf und Bier überzeugen und zahlreiche Kontakte knüpfen. „Thüringen hat kulinarisch eben mehr zu bieten als Bratwurst und Klöße“, resümiert der linke Tourismuspolitiker.

Nachhaltigkeit beim Camping und Glamping

Im Vergleich mit anderen Bundesländern ging es auf der ITB 2024 um regionale und länderübergreifende Zusammenarbeit. Investitionen und neue Trends im Reiseverhalten wurden mit Daten, Zahlen und Fakten eingehend beleuchtet. Besonders spannend waren für die Abgeordneten die Eindrücke im Bereich Camping und Glamping. So werden klimabewusste Camps immer beliebter und die Ausrüstungen immer vielfältiger, wie beispielsweise der Camping-Anhänger für Fahrräder eindrücklich belegte. Beim Glamping wird keine Ausrüstung benötigt und die Gäste können in sehr bequemen und außergewöhnlichen Unterkünften in der Natur übernachten. Korschewsky zeigt sich begeistert: „Das Thema Nachhaltigkeit wird durch neue Trends beim Camping von jungen Menschen gelebt und führt zu interessanten Innovationen. Auch in Thüringen haben wir durch unsere Natur viel zu bieten und sollten überlegen, wie neue Anreize für den Ausbau von Angeboten für Gäste in Thüringen gesetzt werden können.“

Neben vielen Erlebnissen und Eindrücken konnten neue Ideen und Impulse für parlamentarische Initiativen für die Arbeit im Thüringer Landtag mitgenommen werden. Die Reise hat sich gelohnt, sodass alle schon mit Vorfreude auf die ITB 2025 blicken, wo sich Albanien als Gastland präsentieren wird.

Neue Regelungen für zeitgemäßes Bauen

Novelle der Thüringer Bauordnung

Im März 2024 wurde nach intensiver Erarbeitungszeit der Entwurf der Thüringer Bauordnung durch Infrastrukturministerin Susanna Karawanskij vorgestellt. Das Gesetz, welches aus dem Jahr 2014 stammt und zuletzt 2022 geändert wurde, stellt damit die modernste Bauordnung im gesamten Bundesgebiet dar.

Ute Lukasch, wohnungspolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke im Thüringer Landtag, erklärt: „Der Entwurf stellt nicht nur die zahlreichen Veränderungen im Bundes- und Europarecht dar, die etwa in den Bereichen Digitalisierung oder Energieerzeugung geschehen sind, sondern entspricht auch den langjährigen Forderungen unserer Fraktion, eine bessere Grundlage für barrierefreies Bauen und damit Leben in Thüringen zu schaffen.“

Abbau von Hürden

So müssen beispielsweise in Gebäuden, die nach Bauordnung mit Fahrstühlen auszustatten sind, nicht nur in einer Etage, sondern mindestens in zwei Geschossen barrierefrei zugängliche Wohnungen vorhanden sein. Damit soll das Angebot an barrierefreiem Neubau verstärkt und den Bedarfen von Menschen mit Behinderung und den Folgen einer alternden Gesellschaft begegnet werden. Von Maßnahmen zum Abbau von Barrieren profitieren dennoch nicht nur ältere Personen und Menschen mit Behinderungen, sondern auch Familien, die mit Kinderwagen oder Laufrad unterwegs sind, wird der Alltag erleichtert. Ein weiterer wichtiger Beitrag ist außerdem die Ergänzung von barrierefreien Freisitzen wie Balkonen oder Terrassen in die Auflistung zur Mindestbedingungen für barrierefreie Wohnungen. Die Veränderung zielt auf ein in der

Praxis vermehrt vorkommendes Problem ab, da als „barrierefrei“ gekennzeichnete Wohnungen vereinzelt mit Balkonen ausgestattet sind, die nur über Barrieren zu erreichen und damit etwa für Menschen mit Rollstuhl nicht nutzbar sind.

Um neben physischen auch bürokratische Hürden abzubauen, wurde die bestehende Bauordnung außerdem einer Prüfung auf unnötige Formerfordernisse unterzogen. Damit ebnet der Entwurf digitalen Baugenehmigungen und vereinfachten Bauverfahren langfristigen Weg.

Nachhaltiger Ansatz

Das Thema Nachhaltigkeit spielt auch in anderen Abschnitten des Änderungsentwurfs eine wichtige Rolle. Zur Förderung der Energiewende, die sich langfristig positiv auf die Energiekosten der Konsument:innen auswirken und die Unabhängigkeit von endlichen Rohstoffen verringern soll, werden die Genehmigungsverfahren in diesem Bereich erleichtert. Damit wird einer Richtlinie der Europäischen Union gefolgt, die die vereinfachte Nutzung und Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Quellen vorschreibt. Die Änderungen betreffen unter anderem die nachträgliche Wärmedämmung von Fassaden, die Nutzung von Wärmepumpen und die Errichtung von Solaranlagen auf Dächern von Doppel- und Reihenhäusern. Da bereits zahlreiche Sorgen zu diesen Änderungen geäußert worden sind, bleibt zu betonen, dass die Thüringer Bauordnung weiterhin ihrer originären Aufgabe der Gefahrenabwehr vollumfänglich nachkommt.

Insbesondere da bei so umfassenden Gesetzesentwürfen die Einbeziehung externer Fachkundiger ein wichtiger Bestandteil der Arbeit im Thüringer Landtag ist, folgt auf die erste Behandlung des Entwurfes im Plenum und die Überweisung

des Gesetzes in den Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten, eine Anhörung von Expertinnen und Experten, die zu dem Entwurf Stellung beziehen können und so aktiv in den Entstehungsprozess des fertigen Gesetzes eingebunden werden. „Ich freue mich auf die intensive Arbeit des Infrastrukturausschusses am Gesetzentwurf und bin gespannt auf die Anhörung und die interessanten Einschätzungen unserer Anzuhörenden“, so Ute Lukasch abschließend.



Ute Lukasch

Wohnungspolitische Sprecherin

Die Petition des Monats

Strupp-Wald in Meiningen soll erhalten bleiben!

Im Februar 2024 hat der Petitionsausschuss eine Petition aus Meiningen abgeschlossen. Die Petentin forderte, die geplante Bebauung des sogenannten „Strupp-Waldes“ zu stoppen. Ein Immobilienmakler habe den Wald am Rande Meiningens erworben, um dort Wohnhäuser zu bauen. Obwohl der Wald auch als solcher im Flächennutzungsplan ausgewiesen sei, seien zwischen 2018 und 2021 umfangreiche Rodungen vorgenommen worden, unter anderem um eine Zufahrt für spätere Bauungen zu ermöglichen.

Über die Petition

Der Petitionsausschuss hat sich intensiv mit dem Anliegen beschäftigt und sich zunächst eine Stellungnahme des für Forsten zuständigen Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft eingeholt. Dieses teilte mit, dass der Waldbesitzer bereits mehrfach versucht habe, eine Nutzungsänderung des Waldgrundstückes zu erreichen. Entsprechende Anträge seien aber ausnahmslos abgelehnt worden. Insbesondere überwiege das öffentliche Interesse am Erhalt des Waldes. Zudem gebe es einen Mindestabstand von 30 Metern, den eventuelle neue Gebäude zur Waldgrenze einhalten müssten. Dieser Mindestabstand würde auch bei einer Rodung der betroffenen Baugrundstücke unterschritten. Trotz der ablehnenden Bescheide habe der Waldbesitzer zahlreiche Bäume gefällt. Diese intensiven Hilfsmaßnahmen seien nach Einschätzung des zuständigen Forstamtes als Kahlschlag

zu bewerten. Daher werde die Waldfläche regelmäßig vom Forstamt überwacht. Darüber hinaus habe der Waldbesitzer ohne vorherige Anzeige einen Weg im Wald angelegt, woraufhin er schriftlich verwarnet worden sei. Insgesamt gingen die Thüringer Forstbehörden wie auch die Petentin davon aus, dass der Kauf des Strupp-Waldes durch eine Immobilienfirma nicht dem Zweck der künftigen Waldbewirtschaftung diene, sondern der schrittweisen Umwandlung in Bauland.

Meiningen im Dilemma

Die Petition hatte ein allgemeines Anliegen zum Inhalt und wurde auf Antrag der Petentin veröffentlicht. Da über 1.600 Unterschriften für die Petition zusammenkamen, fand im März 2023 eine öffentliche Anhörung der Petentin im Thüringer Landtag statt. Auch der Forstausschuss wurde in die Beratungen mit einbezogen. In der öffentlichen Anhörung

kam der Vorschlag auf, zu der Petition einen Ortstermin durchzuführen. Dieser fand im Juni 2023 mit der Petentin, verschiedenen Anwohner:innen, Vertreter:innen der Stadt Meiningen, Thüringen Forst und dem Waldeigentümer statt. Vor Ort wurde deutlich, dass sich die Stadt Meiningen in einem gewissen Dilemma befindet. Einerseits gebe es die Nachfrage nach Bauland und andererseits sei Meiningen zu großen Teilen von Wald umgeben, was perspektivisch kaum noch bauliche Entwicklungsperspektiven ermögliche. Der Bürgermeister räumte aber ein, dass die ursprünglichen Bebauungspläne im Strupp-Wald wohl nicht realisierbar seien. Die Stadt wolle die Pläne daher nicht weiterführen. Sie könne sich stattdessen vorstellen, zur dauerhaften Sicherung des Waldes die Flächen vom derzeitigen Eigentümer zu erwerben. Die Erholungsfunktion des Waldes könne so wieder ins Zentrum rücken.

Es lohnt sich!

Am Beispiel dieser Petition wird wieder deutlich, dass es sich lohnt, sich an den Petitionsausschuss zu wenden. Durch sie wurde nicht nur eine breite Öffentlichkeit für das Anliegen geschaffen, es wurden auch verschiedene öffentliche Stellen und Betroffene in die Beratung mit einbezogen. Nur durch diese breite Beteiligung ist es dem Ausschuss erst möglich, sich ein umfassendes Bild von einem Sachverhalt zu machen. Im Fall des Strupp-Waldes hat die Petition schließlich auch dazu beigetragen, dass die Stadt ihre Pläne überdacht hat und den Wald und seine Erholungsfunktion zukünftig sichern möchte.

